

15. November 2009, 3. Nationales eGovernment-Symposium vom 17. November 2009 in Bern

„eParticipation – eGovernment-Instrumente in der politischen Meinungsbildung“

Jacqueline Fehr, Nationalrätin und Vizepräsidentin SP Schweiz, Winterthur

Die eGovernment-Spezialisten in Industrie und Verwaltung, die hier und heute versammelt sind, postulieren ja das Schlagwort „eParticipation“ als nächsten Schritt von E-Government - in der Sprache Ihrer community: „next generation eGovernment“.

Die aktuelle eGovernment-Strategie Schweiz legt ein Schwergewicht auf die Interaktion zwischen Firmen und dem Staat. Diese Schwergewichtsbildung macht im Sinne einer Prioritätenbildung sicherlich Sinn. Die Gefahr, welche man sich damit eingehandelt hat, ist, dass sich die Bürgerin und der Bürger noch nicht mit eGovernment-Anwendungen identifizieren. eGovernment wird heute von der berühmten „Frau von der Strasse“ lediglich mit den eVoting-Pilotprojekten identifiziert. Ich glaube, Sie gehen mit mir einig, dass eVoting zwar eine interessante Applikation ist, jedoch sich eher nicht als durchschlagende Killerapplikation durchsetzen wird – um ein weiteres Schlagwort Ihrer Branche zu verwenden: Es ist heute schlicht und ergreifend einfacher, brieflich abzustimmen und zu wählen.

Wenn es aber so ist, dass die „nächste Generation eGovernment“ eParticipation heisst, wenn Ihre Veranstaltung also in Zukunft nationales eParticipation-Symposium heissen soll, dann muss die nationale eGovernment-Strategie in einem zweiten Schritt raschmöglichst die Interaktion zwischen Bürger und Staat ins Auge fassen und zur inhaltlichen und politischen Partizipation beitragen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger möchten – wenn sie am Staatswesen partizipieren wollen – sich inhaltlich und politisch mit Fragen unseres Landes und mit unseren Vertretern in Regierung, Verwaltung und Parlament auseinandersetzen. Sie möchten politische Prozesse aktiv beeinflussen und mit anderen Menschen sowie Institutionen interagieren. Die Übertragung der Lohndaten aus der Lohnbuchhaltung von Unternehmen an die relevanten Behörden und Versicherungen ist ein beeindruckendes Parade-Projekt von eGovernment Schweiz und bringt für viele KMU eine echte Erleichterung. Damit kann eGovernment aber keine Breitenwirkung entfalten und kann auch nicht mit Leben gefüllt werden – eParticipation kann so nicht stattfinden.

Lassen Sie mich meine Überlegungen an einem konkreten Beispiel dokumentieren: Ich denke, dass wir auch noch in 10 Jahren problemlos per Briefpost abstimmen und wählen können, ohne in die eGovernment-Hölle zu kommen. Was wirklich gefragt ist, ist die inhaltliche Partizipation am politischen Prozess: Ich möchte im Vorfeld einer eidgenössischen Abstimmung meine Fragen und Thesen zu einer Vorlage elektronisch mit anderen Bürgern teilen und Fragen an Verwaltung und Regierung stellen. Einen Monat vor der Abstimmung könnte die Bundeskanzlei aus diesen Fragen und Thesen ein interaktives Bundesbüchlein zusammenstellen, in welchem diejenigen Punkte beantwortet werden, welche die Bürgerinnen und Bürger wirklich bewegen. Dieses Bundesbüchlein würde ich online und vielleicht auch traditionell in Papierform erhalten – mit den Fragen und Antworten, an denen ich

als Bürgerin mitgearbeitet habe! Gleichzeitig könnte ich online im virtuellen Bundesbüchlein nachschauen, was die Bürger meiner Stadt, meiner Region, meiner Alterskategorie etc. bezüglich dieser Vorlage bewegt. Diese Informationen wären übrigens auch als Parlamentarierin wertvoll. Das, meine Damen und Herren wäre eParticipation!

Damit könnten wir auch Leute für politische Fragen und Prozesse begeistern, welche sich heute de facto aus der Politik und aus der Interaktion mit unserem Staat abgemeldet haben. Mir schwebt dabei ein eigentlicher „Gegenentwurf des politischen Agierens in der eWelt“ vor: Ich bestimme die politischen Themen, die mich interessieren, suche Verbündete und wenn ich Mehrheiten gewinne, setze ich mich durch: Beim skizzierten neuen eBundesbüchlein, bei Referenden und Initiativen aber auch beim direkten Kontakt mit Parteien, Parlamentariern, der Regierung und der Verwaltung.

Die zentrale Rolle von eGovernment, oder eben eParticipation, ist dabei der aktive Einbezug des Staates: Politisierung in der digitalen Welt funktioniert eben nicht, wenn ein paar Interessierte einen politischen Blog eröffnen oder eine Facebook-Kampagne für oder gegen einen Bundesrat starten. Ich engagiere mich in der digitalen Welt nur politisch, wenn ich weiss, dass mein Engagement wirklich etwas bewegen kann, wenn meine Ideen und Voten von Parlamentariern, der Verwaltung oder der Regierung aufgenommen werden – kurz wenn ich denselben politischen Impact in der eWelt bewirken kann, wie durch ein flammendes Votum an der Gemeindeversammlung. Wir müssen also dafür sorgen, dass die staatlichen Gewalten auf allen Stufen durch eGovernment eng und direkt mit dem Bürger interagieren können und zwar auf beide Seiten.

Wie das? Nehmen wir ein aktuelles Beispiel: Auf Bundesebene ist im Rahmen des Budgets 2010 wieder einmal der finanzielle Verteilungskampf zwischen den Departementen losgetreten worden. Nun ist die Budgetkompetenz ja fest in der Hand des Parlamentes, aber man könnte sich ja auch einen partizipativen Budgetprozess vorstellen: Experten, Verbände, Firmen, Gewerkschaften und interessierte Bürger könnten über Webplattformen, Callcenter und per Mail Vorschläge für die Budgets der Bahninfrastruktur oder der Armee einreichen und gegenseitig kommentieren und gewichten.¹ Sind wir sicher, dass diese Vorschläge weniger Gehalt hätten, als die Beratungen in den Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte? Oder nehmen wir ein inhaltliches Beispiel, zum Beispiel den Atomausstieg. Auch hier könnte eine grosse nicht genutzte Expertise angezapft werden, wenn eParticipation gelebt würde: Lobbyisten, Firmen und Wissenschaftler könnten auf gleicher Augenhöhe mit Parlamentariern diskutieren, gegenseitig ihre Argumente gewichten, widerlegen und bestätigen. Das wäre eMeinungsbildung der Zukunft – das wäre echte eParticipation!

Oder nehmen wir eine urschweizerische Partizipationsmöglichkeit als weiteres Beispiel: Das Vernehmlassungsverfahren: Es hat wesentlich zur Straffung der vorparlamentarischen Phase beigetragen. Es zeigt sich aber, dass das gängige Prozedere – trotz breitem Einbezug von Kantonen, Parteien sowie (referendumsfähigen) Gruppierungen – die Konfliktträchtigkeit einer kontroversen Gesetzesvorlage kaum vermindert. Das Vernehmlassungsverfahren könnte doch im Rahmen echter eParticipation derart erweitern werden, dass zusätzlich zu den im traditionellen Vernehmlassungsverfahren angehörten Gruppierungen auch die interessierte, nicht organisierte Öffentlichkeit einbe-

¹ Das ist übrigens kein virtuelles Beispiel, sondern wurde mindestens einmal so praktiziert: Die Stadt Köln hat 2009 einen solchen Prozess initiiert und erfolgreich zu Ende gebracht:

<http://eparticipation.com/content/participatory-budgeting-cologne-germany>

zogen würde. Die explizite Einbindung der Öffentlichkeit könnte für Bundesrat, Parlament und Verwaltung eine wichtige Orientierungs- und Disziplinierungsfunktion haben. Ein solcher Vorschlag könnte in Form eines Online-Konsultationsverfahrens umgesetzt werden, wie es im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Regulierung der medizinischen Biotechnologien 2006 in den USA erstmals vorgeschlagen worden ist. Es ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern, von zu Hause aus an einer Vernehmlassung teilzunehmen. Die Verwaltung würde allen Teilnehmern eine eigens für diesen Zweck vorbereitete Dokumentation zur Verfügung stellen. Jeder interessierte Teilnehmer würde einer moderierten Dialoggruppe zugeteilt. Ein Panel von Experten würde zudem Fragen von Bürgerinnen und Bürgern entgegennehmen. Eine zentralisierte Online-Ressource würde dabei als gemeinsame Informationsplattform und Referenzquelle dienen.

Ich gebe mich nicht der Illusion hin, dass nur dank Informatik und eGovernemnt ein eigentlicher Politisierungsschub durch unser Land gehen wird. Sicher aber ist es so, dass in der eWelt politische Prozess einfacher angeschoben werden können. Aufgreifen und weiterführen werden solche politische Themen auch weiterhin die Parteien, Verbände und Gewerkschaften. Ein gutes Beispiel dafür ist die Abstimmung zum biometrischen Pass, die wir diesen Mai erlebt haben: Angeschoben als erstes „eReferendum“, etablierte sich das Thema ausserhalb der klassischen politischen Strukturen. In der eigentlichen Abstimmungskampagne übernahmen dann aber – zugegebenermassen etwas überrumpelt und aufgeschreckt ob des medialen Echos - wieder die etablierten Parteien und Verbände die Führungsrolle. Überspitzt gesagt: Ohne Facebook wäre das Referendum zum biometrischen Pass nicht zustande gekommen, aber ohne Parteien hätte es nie eine öffentliche Debatte und Kampagne gegeben. Ich sehe also auch in der künftigen Welt der eParticipation eine wichtige Rolle für klassische Organisationen wie Parteien, Verbände und Gewerkschaften.

Zusammenfassend halte ich fest: eParticipation muss ernst gemeinter Einbezug des Bürgers und echte Interaktion mit dem Staat bedeuten. Das heisst Austausch, Debatte, Agendasetting – und nicht lediglich eVoting anstelle Abstimmungsumschlag. Ich bin also gespannt auf die Vorschläge des eGovernment-Steuerungsausschusses, wie unser Bundesbüchlein, unser Budgetprozess und die nächste Kernkraftdebatte in Zukunft gestaltet werden könnten.